

An das  
Kreisverwaltungsreferat

**Facharbeitskreis  
Mobilität**

Vorsitzender:

[REDACTED]  
c/o Bayerischer Blinden- und  
Sehbehindertenbund e.V. (BBSB)  
Arnulfstr. 22, 80335 München

Geschäftsstelle:

Burgstraße 4, 80331 München  
[REDACTED]

Datum 11.11.2022

**StR-Anträge Nr. 20-26 / A 03107 – A 03109**  
**Systematisches Gehwegparken unterbinden I - KVÜ befristet für alle Stadtviertel**  
**Systematisches Gehwegparken unterbinden II - Beschilderung von Parkverboten ausweiten**  
**Systematisches Gehwegparken unterbinden III - Münchner Polizei an ihre Aufgaben und**  
**Vorbildfunktion erinnern und auffordern, endlich tätig zu werden**  
**Anträge der ÖDP vom 29.09.2022**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Facharbeitskreis Mobilität des Behindertenbeirats nimmt, in Abstimmung mit dem Behindertenbeauftragten, [REDACTED], zu den o.g. Anträgen wie folgt Stellung:

**zu I**

Wir unterstützen diesen Antrag. Seit Jahren wenden wir uns in Gremien und mit Stellungnahmen gegen das systematische Gehwegparken in unserer Stadt, ohne grundlegende Veränderungen wahrzunehmen. Die bisherigen Maßnahmen führen zeitnah nicht zum Ziel.

Nur systematische Kontrollen und spürbare Konsequenzen können Veränderungen herbeiführen. Dazu sind erhebliche Personalaufstockungen bei der Polizei und beim Kreisverwaltungsreferat erforderlich. Der Stadtrat muss entsprechende Entscheidungen fällen; auch muss eine höhere Einwertung der Stellen vorgenommen werden. Auf die Problematik niedriger Lohngruppen in München muss nicht erneut hingewiesen werden.

**zu II**

Dieser Vorschlag wird ebenfalls begrüßt. Hier bietet sich an, das entsprechende Schild auf den einschlägigen Gehwegen aufzustellen.

Ein solches Vorgehen kann in Kooperation mit den Bezirksausschüssen zügig in die Tat umgesetzt werden.

Wohl wissend, dass es zu jeder Entscheidung Bedenkenträger gibt, ist hier eine klare Haltung der Politik gefragt.



**zu III**

Zu dem Antrag ist zu ergänzen, dass die Forderungen praktisch umsetzbar sind. Durch kurzfristige Aktionen wird die Polizei nicht auf Dauer gebunden. Der Polizei vorort sind die problematischen Straßenzüge bekannt, so dass der Aufwand begrenzt ist.

Zusammenfassend empfehlen wir dringend, die unendlichen Diskussionen zu beenden und Entscheidungen im Sinne des Gesetzes zu fällen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Vorsitzender FAK Mobilität

gez.

Verfasserin